

BMF: Eckpunkte für steuerliche Rahmenbedingungen der Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Aus einem internen [Eckpunktepapier](#) geht hervor, dass das BMF sich Gedanken über eine Veränderung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung macht. Diese dienen größtenteils einer Verstärkung der steuerlichen Anreize. Unter anderem geht es um folgende Eckpunkte.

Zu § 3 Nr. 39 EStG:

- › Anhebung des steuerlichen Freibetrags von 1.440 Euro auf 5.000 Euro
- › Nachversteuerung mit Abgeltungssteuersatz i.H.v. 25 %, wenn Anteile innerhalb von drei Jahren veräußert werden
- › Beschränkung auf Fälle, in denen die Vermögensbeteiligungen zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt werden (Ausschluss von Entgeltumwandlungen)

Zu § 19a EStG:

- › Lockerung der Zugangsbeschränkung auf Mitarbeiter von Unternehmen mit bis zu 500 anstatt wie bisher 250 Mitarbeiter, 100 Mio. Euro anstatt 50 Mio. Euro Jahresumsatz und 86 Mio. Euro anstatt 43 Mio. Euro Jahresbilanzsumme
- › Erweiterung auf Fälle, in denen die Gesellschaftsanteile nicht vom Arbeitgeber selbst, sondern den (Gründungs-)Gesellschaftern gewährt werden, und auf Weitergabe von Anteilen an Mutter-, Tochter- und Schwestergesellschaften
- › Ausdehnung des Zeitraums für die unschädliche KMU-Schwellenwert-Überschreitung von zwei auf sieben Jahre
- › Ausweitung des maßgeblichen Gründungszeitpunkts des Unternehmens von 12 Jahren auf 20 Jahre vor dem Beteiligungszeitpunkt
- › Finale Besteuerung nicht nach zwölf Jahren, sondern erst nach 20 Jahren
- › Möglichkeit einer Pauschalbesteuerung mit einem Steuersatz von 25 % für alle Besteuerungstatbestände (Verkauf, Beendigung des Dienstverhältnisses, spätestens nach 20 Jahren)

OECD: Veröffentlichung weiterer wichtiger Papiere im Zusammenhang mit Pillar One und Pillar Two

Am 20.12.2022 hat die OECD drei wichtige Papiere zur globalen Mindestbesteuerung ("Pillar Two" oder "GloBE") und ein Papier zu Pillar One veröffentlicht. Für die deutsche Unternehmenspraxis von herausragender Bedeutung sind insbesondere die (Transitional) Safe Harbours der OECD. Diese Erleichterungen – insbesondere in der Einführungsphase von Pillar Two – werden über einen dynamischen Verweis der Pillar Two-Richtlinie der EU auf die OECD-Safe Harbours auch Eingang ins deutsche Recht finden.

Leitlinien zu "Safe Harbours and Penalty Relief" (Pillar Two):**› Transitional CbCR Safe Harbours**

Die Bedeutung des CbCR nimmt erheblich zu – schon aktuell in Betriebsprüfungen, über das künftige öffentliche CbCR (vgl. §§ 342b ff. HGB-E i.d.F. des RegE vom 07.12.2022 zur Umsetzung der

Public-CbCR-RL der EU (2021/2101)) und nun zusätzlich dadurch, dass die OECD für einen Übergangszeitraum (vereinfacht: 2024 bis 2026) unter bestimmten Voraussetzungen von der Pflicht befreit, den effektiven Steuersatz nach den vollen GloBE-Regeln berechnen zu müssen.

Nach dem Transitional Safe Harbour-Konzept der OECD soll die Top-up Tax für eine Jurisdiktion im Übergangszeitraum nämlich null sein, wenn einer der drei folgenden Tests für diese Jurisdiktion erfüllt ist:

- (1) **De minimis test:** Nach einem qualifizierten Country-by-Country-Reporting (CbCR), das bestimmte bilanzielle Mindeststandards berücksichtigt, ist der Umsatz in einem Land kleiner als 10 Mio. Euro und der Gewinn kleiner als 1 Mio. Euro; oder
- (2) **Simplified ETR test:** Der vereinfacht ermittelte effektive Steuersatz (Covered Taxes ermittelt aus der Konzernrechnungslegung (inklusive latente Steuern – anders als im CbCR) dividiert durch den Gewinn (Verlust) vor Steuern laut CbCR in einem Land ist größer oder gleich dem Übergangssatz (2024: 15 %; 2025: 16 %; 2026: 17 %); oder
- (3) **Routine profits test:** Der Gewinn (Verlust) vor Steuern in einem Land ist gleich oder kleiner als der Substance-based carve-out nach den GloBE-Regeln (= Art. 5.3. OECD Model Rules bzw. Art. 28 der Pillar Two-RL der EU).

Das GloBE-Einkommen (also die Bemessungsgrundlage für die Top-up Tax, die für jedes Land gesondert ermittelt wird) wird für den Substance-based carve-out vermindert um einen pay-roll carve out plus einen tangible asset carve out. Die beiden Substanzausnahmen kommen additiv zur Anwendung, allerdings mit degressiven Prozentsätzen. Im ersten GloBE-Jahr werden von der Summe der Einkommen der Gesellschaften in einem Land 10 % der dortigen Lohnkosten abgezogen (nach fünf Jahren 9 % und ab dem Jahr 10 noch 5 %). Zusätzlich werden im ersten GloBE-Jahr von der Summe der Einkommen der Gesellschaften in diesem Land 8 % des Buchwertes materieller Vermögensgegenstände vom GloBE-Einkommen abgezogen (nach fünf Jahren 7 % und ab dem Jahr 10 noch 5 %).

Die Transitional CbCR Safe Harbours führen grundsätzlich zu wesentlichen Erleichterungen. Allerdings wird in vielen Fällen unterjährig noch Unsicherheit bestehen, ob die Transitional CbCR Safe Harbours auch tatsächlich zur Anwendung kommen, da die hierfür erforderlichen Daten erst nach Ablauf des Wirtschaftsjahres vorliegen. Sollte sich dann – ggf. auch wider Erwarten – herausstellen, dass die Transitional CbCR Safe Harbours in einem bestimmten Land nicht erfüllt sind, müssen die vollumfänglichen Pillar Two Daten ermittelt und Berechnungen vorgenommen und entsprechend Erklärungen eingereicht werden. Dies setzt eine umfangreiche Datenerhebung voraus, die – schon aus Gründen der Effizienz – unterjährig bei Verwirklichung der Sachverhalte erfolgen sollte, da eine nachträgliche Ermittlung der Daten häufig sehr aufwendig und ggf. praktisch nicht mehr möglich sein wird. Somit ist damit zu rechnen, dass nur für den Fall, dass mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass für ein bestimmtes Land mindestens einer der drei Transitional CbCR Safe Harbours erfüllt werden kann, auf die Ermittlung der für eine vollumfängliche Pillar Two Compliance erforderlichen Daten verzichtet werden kann.

› **Permanent Safe Harbour**

Neben den Transitional CbCR Safe Harbours soll es zusätzlich Permanent Safe Harbours geben, die nicht an das CbCR anknüpfen, sondern an eine vereinfachte Berechnung des maßgeblichen Einkommens, Umsatzes und der Steuern. Eine Top-up Tax für eine Jurisdiktion wird danach für ein Steuerjahr mit Null angenommen, wenn wiederum einer von drei Tests erfüllt ist:

(1) **Routine profits test:** Das vereinfacht ermittelte GloBE-Einkommen ist gleich oder kleiner als der Betrag, der sich aus der Substance-based Income Berechnung für die Jurisdiktion nach Art. 5.3. der OECD Model Rules ergibt; oder

(2) **De minimis test:** Der durchschnittliche GloBE-Umsatz (nach der vereinfachten GloBE-Einkommensermittlung) ist in einem Land kleiner als 10 Mio. Euro und der durchschnittliche Gewinn in der Jurisdiktion ist geringer als 1 Mio. Euro bzw. ein Verlust i.S. von Art. 5.3. der OECD Model Rules; oder

(3) **Simplified ETR test:** Der effektive Steuersatz in einem Land, der sich aus der vereinfachten Einkommens- und Steuerberechnung ergibt, ist – basierend auf Art. 5.1.1. der OECD Model Rules – mindestens 15 %.

Die vereinfachte Ermittlung des Einkommens, der Umsätze und der Steuern sind alternative Berechnungen zum GloBE Income or Loss, zu den GloBE Revenues und den Adjusted Covered Taxes unter den GloBE-Regeln, die vom Inclusive Framework der OECD in einer (dynamischen, d.h. änderbaren) Verwaltungsverlautbarung (Agreed Administrative Guidance) festgelegt werden mit dem Ziel zum selben Ergebnis wie die GloBE-Regeln zu kommen, dies aber mit geringerem Compliance-Aufwand.

› **Transitional Penalty Relief**

In der Übergangsphase der Einführung von Pillar Two (vereinfacht: bis 2026) sollen Sanktionen entfallen, wenn ein Steuerpflichtiger „angemessene Maßnahmen“ unternommen hat, um eine richtige GloBE-Erklärung abzugeben.

Konsultationspapier zu "Tax Certainty for the GloBE rules" (Pillar Two):

Es ist offenkundig, dass die GloBE-Regeln das Potential haben, in vielen Ländern unterschiedlich ausgelegt zu werden; die OECD sucht daher nach staatenübergreifenden Konfliktlösungsmechanismen, die die Rechtssicherheit der Steuerpflichtigen bei der GloBE-Anwendung erhöhen und hat hierzu eine öffentliche Konsultation gestartet; Eingaben an die OECD werden bis zum 03.02.2023 erbeten.

Konsultationspapier zu "GloBE Information Return" (Pillar Two):

Zu den einzureichenden „Steuerinformationserklärungen“ wurde ebenfalls eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Die OECD erbittet bis zum 03.02.2023 um Eingaben, um einen standardisierten GloBE Information Return entwickeln zu können. Weder die Transitional noch die Permanent Safe Harbours werden indessen die betroffenen Konzerne von der Pflicht entbinden, grundsätzlich die GloBE-Anforderungen zu erfüllen und einen GloBE Information Return abzugeben.

Konsultationspapier mit dem Titel „Pillar One – Amount A: Draft Multilateral Convention Provisions on Digital Services Taxes and other Relevant Similar Measures“:

Die Bemühungen der OECD-Staaten zur Einführung von Pillar One haben sich historisch daraus ergeben, dass einige Staaten Digitalsteuern (sog. „digital services taxes“) eingeführt haben, die sich insbesondere gegen die großen Tech-Unternehmen aus den USA gerichtet haben. Im Zuge der Verhandlungen zu Pillar One wurde daher vereinbart, dass keine neuen Digitalsteuern eingeführt bzw. bereits eingeführte Digitalsteuern wieder abgeschafft werden müssen. Die OECD hat nun einen Entwurf von Regelungen zur Vereinbarkeit von Digitalsteuern und ähnlichen Abgaben mit

Amount A unter Pillar One veröffentlicht. Zeitgleich lädt die OECD die interessierte Öffentlichkeit zur Konsultation ein.

Bei dem veröffentlichten Entwurf werden abschließende Kriterien und Definitionen zu Digitalsteuern und ähnlichen Abgaben festgelegt sowie Regelungen zur Abschaffung bestehender und künftiger Digitalsteuern vorgestellt. Als relevante Kriterien wurden hierbei herausgearbeitet: Die Maßnahme muss sich in erster Linie nach dem Standort der Kunden oder Nutzer richten; die Steuer muss v.a. auf ausländische Unternehmen Anwendung finden und es darf sich nicht um eine Einkommensteuer handeln.

Ferner enthält der Entwurf auch „Sanktionen“, die gegen unterzeichnende Staaten des Abkommens verhängt werden können, sofern diese trotzdem Digitalsteuern festsetzen bzw. erheben (Verringerung des Amount A-Zuweisungsbetrags). Bei dem Konsultationspapier handelt es sich um eine im Inclusive Framework on BEPS noch nicht abgestimmte Äußerung des OECD-Sekretariats, das eine Stellungnahmefrist bis zum 20.01.2023 gesetzt hat.

BMF: Sachbezugswerte für Mahlzeiten

Mit [BMF-Schreiben vom 23.12.2022](#) hat die Finanzverwaltung die für das Jahr 2023 geltenden amtlichen Sachbezugswerte für Mahlzeiten veröffentlicht. Diese werden auf folgende Beträge erhöht

- für ein Mittag- oder Abendessen 3,80 € (Wert für 2021: 3,57 €)
- für ein Frühstück 2,00 € (Wert für 2021: 1,87 €)

Sie gelten für Mahlzeiten, die der Arbeitgeber arbeitstäglich unentgeltlich oder verbilligt an seine Belegschaft abgibt (z.B. Kantinenmahlzeiten). Der Arbeitgeber darf die Steuer auf den geldwerten Vorteil pauschal mit 25 % (zzgl. 5,5 % Solidaritätszuschlag und ggf. pauschaler Kirchensteuer) erheben. Die Pauschalierung führt zur Beitragsfreiheit in der Sozialversicherung.

Die Sachbezugswerte sind auch anwendbar, wenn der Arbeitgeber die arbeitstäglichen Mittagsmahlzeiten der Mitarbeiter mittels Essensgutscheinen bzw. Restaurantschecks bzw. Essenszuschüssen bezuschusst. In diesem Fall darf der Verrechnungswert der Essensmarke bzw. der Arbeitgeberzuschuss für ein Mittagessen den amtlichen Sachbezugswert maximal um 3,10 € übersteigen. Der maximale Wert der Essensmarke beträgt somit im Jahr 2023 6,90 € (3,80 € zuzüglich 3,10 €).

Auch für die Bewertung von üblichen Mahlzeiten (d.h. Preis ≤ 60 € inkl. USt), die der Arbeitgeber oder auf Veranlassung des Arbeitgebers ein Dritter dem Mitarbeiter während einer Dienstreise/Auswärtstätigkeit oder im Rahmen einer beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung zur Verfügung stellt, sind die Sachbezugswerte relevant.

BFH: Wirksame förmliche Zustellung setzt auch während der Covid-19-Pandemie den Versuch einer Übergabe des Schriftstücks voraus

Der BFH hat mit Urteil vom 19.10.2022 ([X R 14/21](#)) entschieden, dass eine Ersatzzustellung durch Einlegen in den Briefkasten unwirksam ist, wenn der Zusteller nicht zuvor versucht, die Postsendung mit dem Schriftstück persönlich zu übergeben. Dies gilt auch während der Covid-19-Pandemie.

Für förmliche Zustellungen – etwa von Gerichtsentscheidungen oder besonders wichtigen Verwaltungsakten – hat der Gesetzgeber ein klares Regelwerk aufgestellt (§§ 166 ff. ZPO). Wenn

diese Regeln bei der Zustellung nicht beachtet werden, ist die Zustellung unwirksam. Eine „Heilung“ des Mangels tritt erst in dem Zeitpunkt ein, in dem der Empfänger das Schriftstück tatsächlich in die Hand bekommt.

Im Streitfall hatte der Postzusteller die Sendung mit einem Gerichtsurteil an einem Samstag in den Briefkasten der von den Klägern bevollmächtigten Steuerberatungskanzlei eingelegt. Wäre dieser Samstag das Zustellungsdatum gewesen, wäre die von den Klägern eingelegte Revision zu spät erhoben worden. Die Kläger machten allerdings geltend, die Zustellung sei unwirksam, weil der Zusteller während der Covid-19-Pandemie niemals versucht habe, in den Kanzleiräumen zu klingeln und das Schriftstück dort zu übergeben.

Der X. Senat des BFH hat Beweis erhoben durch Einholung einer Auskunft der Deutschen Post AG und durch Vernehmung des zuständigen Postzustellers als Zeugen. Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass es im Bereich der Deutschen Post AG zwar keine generellen Anweisungen gab, während der Covid-19-Pandemie auf ein Klingeln beim Empfänger und den Versuch einer persönlichen Übergabe zu verzichten, der Amtsleiter des Zustellers aber eine solche Anweisung erteilt hatte.

Auf dieser Grundlage hat der BFH die Zustellung als unwirksam angesehen. Im Gegensatz zu anderen Rechtsgebieten, in denen der Gesetzgeber pandemiebedingte Erleichterungen in Bezug auf bestimmte Förmlichkeiten vorgesehen hat, sind zu den Zustellungsvorschriften der ZPO keine gesetzlichen Sonderregeln geschaffen worden. Auch das für den Streitfall maßgebende Landesrecht ordnete nicht an, dass bei Zustellungen ein Kontaktverbot bestehe. Dies hat der BFH für die in Bayern im Juni 2021 geltenden Infektionsschutzregeln, die vergleichbar mit denen anderer Bundesländer gewesen sein dürften, entschieden. Daher konnte offen bleiben, ob der Landesgesetzgeber überhaupt die bundesrechtlichen Zustellungsregelungen modifizieren konnte.

Der damit gegebene Zustellungsmangel wurde erst am darauffolgenden Montag geheilt, als eine Mitarbeiterin des Steuerberaters den Kanzleibriefkasten geleert hat. Daher hatten die Kläger die Revisionsfrist gewahrt.

Urteile und Schlussanträge des EuGH bis zum 13.01.2023

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
C-677/21	12.01.2023	Vorabentscheidungsersuchen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EU – Steuerbare Umsätze – Steuerpflichtiger – Illegaler Verbrauch von Elektrizität – Abrechnung der illegal konsumierten Elektrizität durch den dafür zuständigen Verteilernetzbetreiber – Begriff der ‚wirtschaftlichen Tätigkeit‘ – Begriff der ‚sonstigen Einrichtung des öffentlichen Rechts‘ – Unbedeutender Umfang der in Art. 13 Abs. 1 Unterabs. 3 der Mehrwertsteuerrichtlinie genannten Tätigkeiten
C-83/21	22.12.2022	Vorlage zur Vorabentscheidung – Binnenmarkt – Art. 114 Abs. 2 AEUV – Ausschluss von Bestimmungen über die Steuern – Richtlinie 2000/31/EG – Dienste der Informationsgesellschaft – Elektronischer Geschäftsverkehr – Internetportal für die Immobilienvermittlung – Art. 1 Abs. 5 Buchst. a – Ausschluss des ‚Bereichs der Besteuerung‘ – Richtlinie 2006/123/EG – Dienstleistungen im Binnenmarkt – Art. 2 Abs. 3 – Ausschluss des ‚Bereichs der Steuern‘ – Richtlinie (EU) 2015/1535 – Art. 1 Abs. 1 Buchst. e und f – Begriffe ‚Vorschrift betreffend Dienste‘ und ‚technische Vorschrift‘ – Den Erbringern von Dienstleistungen der Immobilienvermittlung auferlegte Verpflichtung, Daten über Mietverträge zu erheben und an den Fiskus zu übermitteln und die Abzugsteuer auf die geleisteten Zahlungen einzubehalten – Dienstleistungserbringern, die keine ständige Niederlassung in Italien haben, auferlegte Verpflichtung, einen Steuervertreter zu benennen – Art. 56 AEUV – Restriktiver Charakter – Legitimes Ziel – Unverhältnismäßigkeit der Verpflichtung zur Benennung eines Steuervertreters – Art. 267 Abs. 3 AEUV – Befugnisse eines einzelstaatlichen Gerichts, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können
C-553/21	22.12.2022	Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/96/EG – Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom – Art. 5 vierter Gedankenstrich – Gestaffelte Verbrauchsteuersätze, bei denen zwischen betrieblicher und nicht betrieblicher Verwendung dieser Erzeugnisse unterschieden wird – Fakultative Steuerbefreiungen und -ermäßigungen – Stellung eines Antrags auf fakultative Steuerermäßigung nach Ablauf der dafür vorgesehenen Frist, aber vor Ablauf der Frist für die Festsetzung der betreffenden Steuer – Grundsatz der Rechtssicherheit – Effektivitätsgrundsatz – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
C-656/21	22.12.2022	Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2008/7/EG – Art. 5 Abs. 2 Buchst. a – Indirekte Steuern auf die Ansammlung von Kapital – Stempelsteuer auf die Dienstleistungen der Vermarktung von Anteilen an offenen Anlagefonds für die gemeinsame Anlage in Wertpapieren

Alle am 22.12.2022 und 12.01.2023 veröffentlichten Entscheidungen des BFH (V)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
VIII R 1/19	25.10.2022	Besteuerung der Rückzahlung einer unter Nominalwert erworbenen Kapitalforderung
X R 14/21	19.10.2022	Wirksame förmliche Zustellung setzt auch während der Covid-19-Pandemie den Versuch einer Übergabe des Schriftstücks voraus
V R 4/20	29.09.2022	Zur zeitnahen Dokumentation der Zuordnungsentscheidung

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
V R 29/20	29.09.2022	Vorsteuerabzug und private Verwendung im Rahmen eines Ehegatten-Vorschaltmodells
IX R 29/21	20.09.2022	Sofortabzug von Mieterabfindungen als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung
V R 26/21	08.09.2022	Vorsteuerabzug aus dem Erwerb von Luxusfahrzeugen
XI R 3/22	24.08.2022	Kein Vorsteuerabzug für bürgerliche Kleidung
V R 15/20	18.08.2022	Formelle Satzungsmäßigkeit einer ausländischen Satzung
XI R 44/20	03.08.2022	Zur Aufrechnung im Insolvenzverfahren
IX R 20/21	19.07.2022	Private Veräußerungsgeschäfte - Besteuerung des auf teilweise vermietete Räume entfallenden Veräußerungsgewinns
III R 56/20	01.06.2022	Gewerbsteuerrechtliche Hinzurechnung von Mieten für Mehrwegbehältnisse im Handel
VII R 3/20	01.06.2022	Hinzurechnung von Beförderungskosten bei passiver Veredelung
IX R 3/22	25.10.2022	Zur Zulässigkeit einer im Jahr 2022 von einer Steuerberatungsgesellschaft mbH per Telefax eingelegten Revision
X R 7/21	28.09.2022	Kein Abzug von Mitgliedsbeiträgen an Körperschaften, die kulturelle Betätigungen fördern, die in erster Linie der Freizeitgestaltung dienen
XI R 8/20	13.09.2022	Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von "Marktgebühren" einer Erzeugergenossenschaft
XI R 25/20	24.08.2022	Steuerfreie Beförderung von kranken und verletzten Personen
XI R 11/19	03.08.2022	Sportliche Veranstaltungen als Zweckbetrieb nach § 67a Abs. 3 Satz 1 AO
XI R 32/19	03.08.2022	Erweiterung einer Anschlussprüfung

Alle am 22.12.2022 und 12.01.2023 veröffentlichten Entscheidungen des BFH (NV)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
X B 59/22	29.11.2022	Beiladung und Ablauf der für den Beigeladenen geltenden Festsetzungsfrist
XI B 1/22	22.11.2022	Verletzung des Anspruchs auf Gewährung rechtlichen Gehörs durch fehlende Erörterung des Ergebnisses der Beweisaufnahme

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
XI R 5/22	28.09.2022	Ermäßigter Steuersatz für die Mischform einer Sprech- und Gesangsdarbietung mit Abspielen von Bildern
VII B 184/21	22.09.2022	Einordnung als Betrieb der Fleischwirtschaft - zu den Voraussetzungen einer einstweiligen Anordnung
IX R 9/21	20.09.2022	Zahlungen für den Verzicht auf ein Wohnungsrecht als sofort abziehbare Werbungskosten
V R 27/21	08.09.2022	Im Wesentlichen inhaltsgleich mit BFH-Urteil vom 08.09.2022 V R 26/21 - Vorsteuerabzug aus dem Erwerb eines Luxusfahrzeugs
VIII B 141/21	29.11.2022	Zustellung eines finanzgerichtlichen Urteils an das elektronische Anwaltspostfach des Prozessbevollmächtigten im Jahr 2021

Alle bis zum 13.01.2023 veröffentlichten Erlasse

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
III C 2 - S 7200/19/10004:005	11.01.2023	Umsatzsteuer; Umsatzsteuerliche Behandlung von Gebühren als durchlaufender Posten oder Leistungsentgelt; BFH-Urteil vom 3. Juli 2014, V R 1/14
IV C 7 - S 2230/21/10003:008	04.01.2023	Änderung der Randnummer 29 des BMF-Schreibens zur Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen für Land- und Forstwirte gemäß § 13a Einkommensteuergesetz (EStG); Neuregelung für die Wirtschaftsjahre 2015 ff. bzw. abweichenden Wirtschaftsjahre 2015/2016 ff. vom 10. November 2015 (BStBl I S. 877)
IV C 1 - S 1980-1/19/10038:007	04.01.2023	Basiszins zur Berechnung der Vorabpauschale gemäß § 18 Absatz 4 InvStG; Basiszins zum 2. Januar 2023
III C 3 - S 7329/19/10001:004	02.01.2023	Übersicht der Umsatzsteuer-Umrechnungskurse 2022
IV C 1 - S 1980-1/19/10008:027	30.12.2022	Anwendungsfragen zum InvStG 2018
IV B 2 - S 1301-CHE/21/10032:001	29.12.2022	Konsultationsvereinbarung betreffend das Verfahren zur Entlastung von im Abzugswege einbehaltenen deutschen Steuern
IV C 5 - S 2341/22/10001:004	28.12.2022	Gesamtübersicht der Kaufkraftzuschläge

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
<u>IV C 5 - S 2334/19/10010 :004</u>	23.12.2022	Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2023
<u>III C 3 - S 7344/19/10001 :004</u>	21.12.2022	Umsatzsteuer-Voranmeldungs- und -Vorauszahlungsverfahren 2023
<u>III C 3 - S 7344/19/10002 :005</u>	21.12.2022	Muster der Umsatzsteuererklärung 2023
<u>IV A 8 - S 1547/19/10001 :004</u>	21.12.2022	Pauschbeträge für Sachentnahmen (Eigenverbrauch) 2023; Befristete Anwendung des ermäßigten Steuersatzes der Umsatzsteuer für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen
<u>III C 3 - S 7015/22/10001 :001</u>	20.12.2022	Umsatzsteuer-Anwendungserlass; Änderungen zum 31. Dezember 2022 (Einarbeitung von Rechtsprechung und redaktionellen Änderungen)
<u>IV C 1 - S 2252/19/10003 :011</u>	20.12.2022	Einzelfragen zur Abgeltungsteuer; Ergänzung des BMF-Schreibens vom 19. Mai 2022 (BStBl I S. 742) Jahressteuergesetz 2022 (JStG 2022) vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294)

Herausgeber

WTS Group AG
www.wts.com/de • info@wts.de

Redaktion

Dr. Martin Bartelt und Georg Geberth

Berlin

Antje Pollack
Lübecker Straße 1-2
10559 Berlin
T: +49 (0) 30 2062 257 1010
F: +49 (0) 30 2062 257 3999

Erlangen

Andreas Pfaller
Allee am Röthelheimpark 11-15
91052 Erlangen
T: +49 (0) 9131 97002-11
F: +49 (0) 9131 97002-12

Hamburg

Lars Behrendt
Brandstwierte 4
20457 Hamburg
T: +49 (0) 40 320 86 66-0
F: +49 (0) 40 320 86 66-29

Köln

Jens Krechel
Sachsenring 83
50677 Köln
T: +49 (0) 221 348936-0
F: +49 (0) 221 348936-250

Regensburg

Dr. Sandro Urban
Lilienthalstraße 7
93049 Regensburg
T: +49 (0) 941 383 873-237
F: +49 (0) 941 383 873-130

Nürnberg

Daniel Blöchle
Hugo-Junkers-Straße 7
90411 Nürnberg
T: +49 (0) 911 2479455-130
F: +49 (0) 911 2479455-050

Hannover

Nicole Datz
Thielenplatz 5
30159 Hannover
T: +49 (0) 511 123586-0
F: +49 (0) 511 123586-199

Düsseldorf

Michael Wild
Klaus-Bungert-Straße 7
40468 Düsseldorf
T: +49 (0) 211 200 50-5
F: +49 (0) 211 200 50-950

Frankfurt a. M.

Robert Welzel
Taunusanlage 19
60325 Frankfurt/Main
T: +49 (0) 69 133 84 56-0
F: +49 (0) 69 133 84 56-99

Kolbermoor

Ralf Dietzel
Carl-Jordan-Straße 18
83059 Kolbermoor
T: +49 (0) 8031 87095-0
F: +49 (0) 8031 87095-250

München

Marco Dern
Friedenstraße 22
81671 München
T: +49 (0) 89 286 46-0
F: +49 (0) 89 286 46-111

Stuttgart

Klaus Stefan Siler
Königstraße 27
70173 Stuttgart
T: +49 (0) 711 2221569-62
F: +49 (0) 711 6200749-99

Rosenheim

Ralf Dietzel
Luitpoldstraße 9
83022 Rosenheim
T: +49 (0) 8031 87095 600
F: +49 (0) 8031 87095 799

Diese WTS-Information stellt keine Beratung dar und verfolgt ausschließlich den Zweck, ausgewählte Themen allgemein darzustellen. Die hierin enthaltenen Ausführungen und Darstellungen erheben daher weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch sind sie geeignet, eine Beratung im Einzelfall zu ersetzen. Für die Richtigkeit der Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Im Falle von Fragen zu den hierin aufgegriffenen oder anderen fachlichen Themen wenden Sie sich bitte an Ihren WTS Ansprechpartner oder an einen der oben genannten Kontakte.